

Ohne Parteien ging es schon 1848 nicht

Eine Tagung des „Bürgervereins Demokratieort Paulskirche“ über die Geschichte der politischen Willensbildung seit der Nationalversammlung

„Fragen an die Geschichte“, so hieß einmal eine Ausstellung über die Vergangenheit der Nation im Berliner Reichstag. Der Frankfurter Historiker Lothar Gall hatte sie konzipiert, als Deutschland noch geteilt war. Welche Antworten können das Jahr 1848 und die Nationalversammlung in der Paulskirche geben? Der junge „Bürgerverein Demokratieort Paulskirche“ zeigte am Samstag mit seiner ersten Veranstaltung, dass es sich lohnt, in diese ferne Epoche zurückzublicken, um von dort ausgehend nach langen Kontinuitätslinien und Brüchen in der deutschen Geschichte zu suchen.

„Demokratie ohne Parteien?“, so lautete die vom Verein aufgeworfene Frage, die am Ende von drei der vier Wissenschaftler, die der Verein eingeladen hatte, verneint wurde. Folgt man Dieter Hein, Professor an der Goethe-Universität, so kam es in der Nationalversammlung wie selbstverständlich zur Bildung von Fraktionen als Vorstufe von Parteien – und das bewährte sich auch. Sie organisierten und strukturierten die Arbeit des Parlaments und nahmen deshalb rasch eine dominierende Stellung ein. Gut zwei Drittel der Abgeordneten der Nationalversammlung gehörten einer Fraktion an. Alternative, aber zugleich erfolgreiche Konzepte, die politische Willensbildung zu ordnen, sieht Hein mit Blick auf 1848 nicht: „Alle anderen, teils traditionellen, teils modernen Formen, kollektiv politische Meinungen zu artikulieren und politischen Druck auszuüben, zielten immer nur auf den Augenblick und wirkten nur für kurze Zeit.“

Auch in der Revolution 1918/19 behielten die Parteien die Oberhand, wie Andreas Wirsching erläuterte. Der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München sieht in der Räte-Bewegung, die vor allem im Rückblick zur Zeit der Achtundsechziger große Sympathie erfuhr, keine Alternative zur Parteiendemokratie. Bei den Räten der Revolutionstage habe es sich um eine spontane Erhebung gehandelt, deren Arbeit erst im Nachhinein einen theoretischen Überbau erfahren habe. Die Weimarer Republik habe als ein von Parteien getragener Staat über lange Zeit leidlich gut funktioniert.

Obwohl die Nationalsozialisten die anderen Parteien verfolgt hatten, entstand auch von 1945 an rasch wieder eine Parteienlandschaft, die in vielem an die Jahre vor 1933 anknüpfte. Hein verlas den Vortrag des verhinderten Christoph Cornelißen von der Goethe-Universität, wonach die Parteien in der Etablierung der zweiten deutschen Demokratie zu einer Rationali-

sierung der Prozesse und zur Stabilisierung der Ordnung beitrugen.

Martin Sabrow vom Zentrum für Zeit-historische Forschung in Potsdam hingegen billigte für die Umbruchjahre 1989/90 in der untergehenden Deutschen Demokratischen Republik den Parteien keine vergleichsweise große Rolle zu. Er beschrieb eine „staatssozialistische Kontaminierung des Parteienbegriffs“ und den Willen zur Basisdemokratie statt neuer Parteiendemoskratie. Die neue Parteiendemokratie nach dem Zusammenbruch der DDR sei als „Import“ aus dem Westen angesehen worden, und schließlich sei es auch einfach so gewesen, dass die Parteipolitiker in den neuen Bundesländern es nicht vermocht hätten, den großen Aufgaben in den Umbruchjahren gerecht zu werden – vier Argumente, warum es Parteien Sabrow zufolge im Osten Deutschlands nach wie vor schwer haben. Bei einem fünften sei er sich selbst nicht sicher, wie er sagte, nannte es aber doch: die integrative Kraft der SED/PDS beim Umbruch sei nicht anerkannt, sie sei vielmehr einer „Pogromstimmung“ ausgesetzt gewesen.

Diese Argumentation hätte zu Widerspruch herausfordern können, aber in der Diskussion der drei Referenten mit dem Publikum ging es um den Blick nach vorn, der angeblichen Erosion des Parteiensystems. Wirsching wies darauf hin,

dass in der Bundesrepublik das etablierte Parteiensystem bisher weder durch Populisten gekapert worden sei – wie etwa in den Vereinigten Staaten – , noch sei es regelrecht hinweggefegt worden wie in Frankreich. Sabrow zeichnete ein nüchternes Bild: Parteien seien heute nur noch „Zulieferbetriebe“, sie hätten zu „liefern“, was die Bürger wollten.

Solche Diskussionen reißen Themen nur an, aber es soll ja die erste, bei Weitem nicht die letzte Veranstaltung zum 175-Jahre-Jubiläum gewesen sein. Welche Ziele der „Bürgerverein Demokratieort Paulskirche“ hat, umriss dessen Vorsitzende Bettina Wiesmann: Man wolle dazu beitragen, dass das geplante Haus der Demokratie wirklich entstehe, dass dies ein Ort der historisch-informierten Debatte werde und dass die Einrichtung breit in der Gesellschaft verankert werde. Alexander Jehn, Direktor der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, sicherte in einem Grußwort die finanzielle Unterstützung des Landes für das Paulskirchen-Jubiläum zu. Nicole Deitelhoff vom Netzwerk Paulskirche meinte, es gebe jedenfalls in Frankfurt keine Krise der Demokratie, wenn mit dem Netzwerk und dem Bürgerverein gleich zwei Organisationen das Jubiläum mitgestalten wollten. Der Auftakt für die inhaltliche Diskussion jedenfalls ist seit Samstag gemacht. MANFRED KÖHLER

Erstveröffentlichung am 18.7.2022 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Seite 32. Autor: Manfred Köhler

Veröffentlichung als PDF mit Genehmigung der Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt.